Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagesfort-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 49. Freitag den 18. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 5. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 12. März dss. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1699. Verordnung, betreffend die Militair-Transport-Ordnung für Eisenbahnen im Kriege (Kriegs-Transport-Ordnung). Vom 26. Januar 1887.

Nr. 1700. Bekanntmachung, betreffend den Militairtarif für Eisenbahnen. Vom 25. Januar 1887.

Leipzig, den 14. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krambiegel.

Bauplätze-Versteigerung.

Die der Stadtgemeinde gehörigen **beiden Bauplätze** des Parcellirungsplanes für den Bismarckstraßen-Baublock III.

S. an der Davidstraße (Parcelle Nr. 2581 L. des Flurbuchs) von 1163.88 qm,

X. an der Moschelesstraße (Parcelle Nr. 3056 des Flurbuchs) von 1170.48 qm

Flächengehalt sollen

Donnerstag, den 3. März d. J., Vormittags 11 Uhr

auf dem **Rathhause I. Etage, Zimmer Nr. 16, zum Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezüglich eines jeden der beiden nach einander auszubietenden Bauplätze geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Parcellirungsplan liegen auf dem **Rathhaussaale I. Etage** zur Einsichtnahme aus und es sind davon Exemplare **ebendaselbst** in der **Sporteicasse I., Zimmer Nr. 2,** für 1 ℳ erhältlich.

Leipzig, am 15. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 699. Dr. Georgi. Cerutti.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof-Neubau hierselbst werden die **Wasserleitungs- und Entwässerungsarbeiten** für die Verwaltungs- und Wohngebäude hierdurch öffentlich ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind im Schlachthof-Baubureau an der Kaiserin Augusta-Straße gegen Zahlung von 1.20 ℳ erhältlich.

Die Angebote sind in Form und Bezeichnung nach Maßgabe der bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und bis zum 8. März d. J., Vormittags 11 Uhr, bei der Nuntiatur des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, bezw. auch die Theilung der Arbeiten sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 16. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 692. Dr. Georgi. G.

Bekanntmachung,
die Anmeldung taubstummer, sowie blinder Kinder betr.

Gesetzlicher Bestimmung gemäß sind taubstumme, sowie blinde Kinder bei dem Eintritt in das schulpflichtige Alter in hierzu bestimmten öffentlichen oder Privatanstalten unterzubringen, sofern nicht durch die dazu Verpflichteten anderweit für ihre Erziehung hinreichend gesorgt ist.

Wir fordern daher die hier wohnhaften Eltern solcher Kinder, beziehentlich die Stellvertreter der Eltern, hierdurch auf, alle bis jetzt noch nicht angemeldeten, im volksschulpflichtigen Alter stehenden taubstummen, sowie blinden Kinder behufs deren Aufnahme in eine Anstalt spätestens bis zum

28. dieses Monats

schriftlich bei uns anzumelden.

Leipzig, am 11. Februar 1887.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Bekanntmachung.

Um der Kohlenfeuerung mehr Eingang zu verschaffen, haben wir Meidinger'sche Oefen in 9 verschiedenen Größen beschaffen lassen und haben beschlossen, diese Oefen entweder käuflich oder miethweise abzugeben.

Bei käuflicher Uebernahme stellt sich der Preis dieser Oefen, nebst vollständigem Zubehör und einschließlich der Aufstellung, je nach der Größe auf 60 bis 115 ℳ pro Stück.

Die jährliche Miethe dagegen haben wir je nach der Ofengröße auf 7 ℳ 80 ₰ bis 14 ℳ 40 ₰ festgestellt.

Auch stellen wir es in die freie Wahl der Abnehmer, die Oefen auf ein Jahr in Miethe zu nehmen und sich dann über die käufliche Uebernahme zu entscheiden, bei welcher die Hälfte des gezahlten Miethpreises in Anrechnung kommen würde.

Die Besichtigung der Oefen, welche einstweilen in der zweiten Gasanstalt untergebracht sind, kann daselbst zu jeder Tageszeit geschehen. Auch haben wir die Verwaltung der zweiten Gasanstalt angewiesen, jede gewünschte Auskunft zu ertheilen und Aufträge zur Aufstellung der Oefen anzunehmen und auszuführen.

Leipzig, am 28. Januar 1887.

Des Rathes Deputation zu den Gasanstalten.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Beginn des 57. Schuljahres am 18. April d. J.

Die Reifezeugnisse der höheren Abtheilung der Anstalt (dreijähriger Cursus) berechtigen zum Einjährig-Freiwilligendienste.

Für junge Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligendienste erworben haben, ist ein **fachwissenschaftlicher Cursus** von Jahresdauer bei 30 Lehrstunden in der Woche eingerichtet. Unterricht in allen Zweigen der Handelswissenschaft. Französische und englische Sprache obligatorisch, italienische und spanische Sprache facultativ. Schulgeld 240 ℳ für das Jahr.

Anmeldungen erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11—12 Uhr.

Leipzig, im Februar 1887. **Carl Weltrum, Director.**

Der Inhaber des von unserem II. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über die Sparcassenbücher Ser. II Nr. 23715 88003 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 20. Mai d. J. an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige die Bücher ausgehändigt werden.

Leipzig, den 16. Februar 1887.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Am 10. dies. Mon. wurde bei einem Bediensteten des Magdeburger Bahnhofes

½ Dutzend silberne Eßlöffel im Etui

von einem Unbekannten zur Aufbewahrung hinterlegt, welche derselbe bis heute nicht zurückgefordert hat.

Der unbekannte Eigenthümer wird hiermit aufgefordert, gegen gehörigen Nachweis und Erstattung der Kosten die Löffel in unserm Commissariat in Empfang zu nehmen.

Leipzig, am 15. Februar 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Holz-Auction.

Auf dem Bauplatze für die neue Universitäts-Bibliothek, unmittelbar gegenüber dem neuen Gewandhause hier, sollen nächsten

Mittwoch, den 23. Februar d. J.
von Vormittags 10 Uhr an

eine größere Partie hartes und weiches Nutzholz (Eichen ꝛc.), insbesondere für Stellmacher und Drechsler geeignet, sowie Abraumhaufen gegen sofortige Baarzahlung und unter den im Termine bekannt zu gebenden sonstigen Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Reflectanten werden eingeladen, rechtzeitig auf dem bezeichneten Platze zu erscheinen.

Leipzig, am 17. Februar 1887.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Ein Wort an unsere Unterbeamten.

* Der gegenwärtige Wahlkampf, bei dem die theuersten Güter des Vaterlandes und der menschlichen Gesellschaft auf dem Spiele stehen, giebt uns Veranlassung, mit einem ernsten und eindringlichen Wort an denjenigen Theil unserer Mitbürger und zu wenden, von dem wir wissen, daß er ein ebenso nützliches, als nothwendiges Glied im staatlichen Organismus ist und daß sehr viele ehrenwerthe und patriotische Elemente in demselben sich befinden, von dem wir aber auch ferner wissen, daß die socialdemokratischen Agitatoren schon seit langer Zeit in seinen Kreisen ihre Netze ausgeworfen haben und mit diesem Bestreben nicht ganz erfolglos gewesen sind. Wir werden wohl keinen Widerspruch erfahren, wenn wir behaupten, daß zu der beträchtlichen Vermehrung der socialdemokratischen Stimmenzahl in Leipzig-Stadt und Leipzig-Land im letzten Jahrzehnt die verschiedenen Kategorien der Unterbeamten, mögen das Staats-, Gemeinde- oder Privatbeamte sein, leider ein gewisses Contingent gestellt haben. Diese Thatsache ist betrübend, aber man muß mit ihr rechnen, und da die Reichstagswahl wieder vor der Thür steht, so erscheint es sicher zweckmäßig, auch einmal diesen wunden Punct in unserem gesellschaftlichen Leben zu besprechen.

Wenn die socialistischen Volksverführer in den Kreisen der unteren Beamten hier und da mit ihren Redekünsten Anklang gefunden und es dazu gebracht haben, daß sie auch von dieser Seite bei den Wahlen Unterstützung finden, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die vielfach ungenügende Bezahlung der Unterbeamten die hauptsächliche Quelle der Unzufriedenheit bildet, aus welcher jene Parteinahme für die Socialdemokratie hervorgeht. In jedes Menschen Brust ist an und für sich die Neigung zur Unzufriedenheit, wenn die äußere Lage nicht so ist, wie sie sein sollte und könnte, eingegraben, und die Agitatoren wissen dieses natürliche Verhältniß nur zu gut zu benutzen. Nun sind wir die Letzten, welche etwa verkennen, daß viel, sehr viel behufs Hebung der materiellen Lage unserer Unterbeamten zu thun übrig bleibt, und wir sind auch, sofern sich nur irgend eine wirklich geeignete Gelegenheit dazu bot, für die Aufbesserung dieser Lage eingetreten; öfters sind Unterbeamte zu uns mit Bitten und Beschwerden gekommen, und wir haben uns redlich bemüht, derselben nach Möglichkeit gerecht zu werden, wenn wir auch nicht immer sofort die betreffende Angelegenheit an die große Glocke gehängt haben. Wir mußten aber uns auch sagen und wollen auch dies hier hervorheben, daß eine durchgreifende Verbesserung des Einkommens der Unterbeamten bei der großen Masse derselben nicht mit einem Schlage erfolgen kann, daß diese Humanitätsmaßregel im Gegentheil nur nach und nach zur Verwirklichung zu bringen ist, wenn nicht diejenigen Institutionen, in deren Dienst die Unterbeamten stehen, und die allgemeinen damit verknüpften Interessen Schaden erleiden sollen. Wir wollen nur ein Beispiel heranziehen, dasjenige der Post und der Staatseisenbahnen. Bei beiden Verkehrsanstalten sind die Unterbeamten so zahlreich, daß, wenn für diese mit einem Male eine bedeutende Gehaltsverbesserung eintreten sollte, dann die Erträgnisse der gedachten Anstalten so beträchtlich herabsinken würden, daß der Reichs- und Staatshaushalt, dem diese Erträgnisse zu Gute kommen, in bedenkliches Schwanken gerathen und jedenfalls dann die Steuerzahler, worunter sich auch jene Unterbeamten befinden, den Ausfall zu decken haben würden. Wir meinen also, die Verbesserung des Diensteinkommens der Unterbeamten kann nur im Wege eines zwar stetigen, aber langsamen Processes vorgenommen werden und nur, wo es notorisch ist, daß ein absolut unzulängliches Einkommen besteht, da sind der Staat und die Gemeinde, sowie die Privatunternehmer verpflichtet, sofort Abhülfe eintreten zu lassen.

Nun fragen wir weiter: Was denken diejenigen Unterbeamten, welche am Wahltage dem socialdemokratischen Candidaten ihre Stimme zuwenden, sich hierbei? Woher wissen sie denn, daß ihre Lage sich dadurch verbessern wird? Und fühlen sie denn gar nicht, daß sie, indem sie gemeinschaftliche Sache mit der socialistischen Umsturzpartei machen, sie den ganzen Grund und Boden ihrer Existenz, ihrer Beamtenstellung untergraben? Wir sind allerdings überzeugt, daß sich manche von den betreffenden Wählern diese Fragen gar nicht vorlegen, sondern bei der Stimmabgabe durch weiter nichts als durch ihre von den Agitatoren in geschickter, aber frivoler Weise aufgestachelte Unzufriedenheit leiten lassen. Selbst bei geringem Nachdenken müßten sich diese Wähler aus den Kreisen der Unterbeamten doch sagen, daß die Agitatoren und Führer der socialdemokratischen Partei ihnen auch nicht im Geringsten helfen können, und daß, wenn es jemals möglich sein sollte, ein Staatswesen nach dem Rezepte der Herren Bebel und Liebknecht aufzubauen, dann die allgemeinen Zustände viel schlimmere sein müßten. Diesen Volksbeglückern ist es in Wirklichkeit gar nicht darum zu thun, den Beamten zu helfen, sondern sie wollen lediglich die gewaltsame Revolution herbeiführen und für sich aus den Trümmern der allgemeinen Zerstörung möglichst viel in das Trockene zu bringen. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, zu sehen, welche wahnwitzigen Vorschläge insbesondere Herr Bebel macht, um das noch sicher allen ehrenwerthen Menschen an das Herz gewachsene Institut der Ehe zu zerstören und welche Kommuneli-Wirthschaft er an dessen Stelle setzen will.

Wir wissen, es giebt noch einen anderen Punct, welcher bei der Unzufriedenheit vieler Unterbeamten in Betracht kommt, und auch den wollen wir nicht mit Stillschweigen übergehen. Die Arbeitskraft mancher dieser Beamten wird häufig in einer Ausdehnung in Anspruch genommen, welche eine zu große ist und der physischen und geistigen Leistungsfähigkeit der Betreffenden auf die Dauer Gefahr zu bringen droht. Wir verweisen beispielsweise auf die hiesige Pferdeeisenbahn, wo die Conducteure und Kutscher selbst bei so mißlichen Witterungsverhältnissen, wie sie seit einigen Wochen herrschen, von früh 6 Uhr bis Abends 11 Uhr und noch später unausgesetzt im Dienste sich befinden. Das ist des Dienstes doch wohl zu viel, und es erscheint ein so starker Anspruch an die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen selbst dann nicht gerechtfertigt, wenn sich, falls der Eine abgeht, sofort wieder ein Anderer bereit findet, die Arbeit zu thun. Wir schließen uns vollständig dem Verlangen an, daß nach dieser Richtung hin die Unterbeamten in vernünftiger Weise entlastet werden, wobei wir allerdings auch immer daran festhalten müssen, daß die Reform nicht sprungweise und unvermittelt mit einem Male, sondern nur nach und nach geschehen kann, und uns eben so fern von der für viele Verkehrszweige ganz undurchführbaren socialistischen Forderung des zehnstündigen Normalarbeitstages halten.

Endlich fühlen sich viele Unterbeamte auch noch durch die Art und Weise, wie ihnen seitens ihrer Vorgesetzten begegnet wird, beschwert und unzufrieden gemacht, und auch in dieser Beziehung geben wir zu, daß Manches nicht so ist, als es sein könnte. Wir scheuen uns nicht, es auszusprechen, daß manche Vorgesetzte es ihren Untergebenen gegenüber an Humanität und mit den Anforderungen des Dienstes recht wohl vereinbaren Wohlwollen hier und da fehlen lassen, und daß sie dadurch zu der socialen Unzufriedenheit, wenn auch, was wir recht gern zugeben, in vielen Fällen unbewußt, in nicht geringem Maße beitragen. Sehr viele Menschen sind nun einmal so beschaffen, daß sie auf freundliche und achtungsvolle Behandlung seitens ihrer Mitmenschen und auch seitens Derjenigen, die ihnen zu gebieten haben, oft mehr geben als auf glänzende Bezahlung, und dieses Gefühl sollten Alle, welche ihr Lebenslauf in leitende Stellungen bringt, recht sehr mit in Berücksichtigung ziehen. Es kann nach unserem Dafürhalten die dienstliche Strenge mit allezeit humaner Behandlung der untergebenen Beamten und Angestellten vereinigt werden, und wenn der Vorgesetzte in seinem Untergebenen bei jeder Veranlassung den ihm ebenbürtigen Menschen erblickt, dann braucht er sich und seiner Stellung gewiß nichts zu vergeben. Glücklicher Weise ist die Zahl solcher auf der Höhe allgemeiner Menschenliebe stehenden Vorgesetzten keine geringe, und von denjenigen, die das noch nicht sind, hoffen wir, daß sie das noch werden.

Nach alledem finden wir es aber immer noch für ganz unbegreiflich und verwerflich, wenn Unterbeamte, die ihrer Anstellungsbehörde Treue und Gehorsam gelobt haben, sich von socialdemokratischen Agitatoren dazu verleiten lassen, den Candidaten dieser Umsturzpartei ihre Stimmen zu geben. Möchte die Zahl dieser Wähler am bevorstehenden Wahltage eine viel geringere als früher sein.

Leipzig, 18. Februar 1887.

* Die Wahlagitation der Oppositionsparteien wird mit immer steigender Frechheit betrieben. In Millionen von Flugblättern wird den Wählern vorgelogen, die Regierung beabsichtige Monopole einzuführen, die dreijährige in eine siebenjährige Dienstzeit umzuwandeln und nicht nur das allgemeine, directe Wahlrecht, sondern die Verfassung überhaupt aufzuheben. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hört aus glaubwürdiger Quelle, daß die Wähler eines nicht weit von Berlin gelegenen Kreises von den freisinnigen Wahlagitatoren damit bedroht worden sind, die Erbunterthänigkeit werde wieder eingeführt werden, wenn nicht die Opposition die Majorität im Reichstag erlange. — Dem Reichskanzler ist von einem nationalgesinnten Oldenburger ein solches, im fortschrittlichen Sinne musterhaft abgefaßtes Flugblatt zugegangen. Fürst Bismarck hat darauf Anlaß genommen, folgendes Schreiben an den Absender zu richten:

„Ew. pp. Schreiben vom 13. d. M. habe ich mit Dank erhalten. Das demselben beigefügte Wahlflugblatt der reichsfeindlichen Parteien enthält viele Lügen, aber keine, die nicht in allen Wahlkreisen des Reichs von diesen Parteien übereinstimmend verbreitet würden; die bei den Gegnern des Reichs herkömmliche politische Brunnenvergiftung ist eben eine verabredete und systematische.

Das Flugblatt stellt nur die eine richtige Behauptung auf, daß die Regierung die Verlängerung des Septennatsgesetzes auch ferner erstreben wird. Alles, was der Wahlaufruf sonst über die Absichten der Regierung sagt, sind ebenso frivole wie unsinnige Lügen, und wenn sich Wähler finden, die an diese Verleumdungen der Regierung glauben, so kann ich das bedauern, aber nichts ändern. Wir stehen weder Mittel zu Gebote, die Gegner am Lügen zu hindern, noch vermag ich die Wähler, welche der Regierung des Kaisers Glück gutheißen, vor gewissenlosen Bauernfängern zu behüten. gez. v. Bismarck".

* Zur Zersetzung der Centrumspartei schreibt man uns vom Rhein:

Die allenthalben in den Wahlkreisen des Centrums aufgestellten septennatsfreundlichen katholischen Candidaturen verdienen als Zeichen der Zeit doch erste Beachtung und verursachen den Ultramontanen ein Mißbehagen, welches sie vergeblich unter gebeuchelter Geringschätzung zu verbergen suchen. Wir lassen dahingestellt, wie viele oder ob überhaupt welche dieser Candidaturen jetzt schon durchdringen. Die Bewegung ist noch zu neu, die durch ein altes Herkommen und eine bedeutende Geschichte befestigte Disciplin noch zu stark, als daß man sich gleich beim ersten Anlauf große Erfolge versprechen könnte. Allein auch wenn diese Candidaturen alle scheitern, so behält die Bewegung doch ihre Bedeutung und wird noch mächtig nachwirken. An der gut und gläubig katholischen Gesinnung dieser Candidaten und ihrer Anhänger ist meistens kein Zweifel möglich; sie stehen in kirchlicher Hinsicht auf dem Standpunct des Centrums, aber sie erkennen an, daß den Klagen der Katholiken über Beeinträchtigung ihrer Religionsübung bereits in weitgehendem Umfang abgeholfen ist, und daß kein kirchliches Interesse erfordert, alle antinationalen, oppositionellen, radical-demokratischen Bestrebungen zu unterstützen und dem reichs- und staatsfeindlichen Wellenschlag des Herrn Windthorst Vorspann zu leisten. Diese Bewegung, die erhärten schon stark im Gang war, hat durch die neuesten vaticanischen Briefe eine mächtigere Förderung erfahren, als die ultramontanen Intra-Starrsinnigen wünschen möchten. Der aristokratische oder besser conservative Theil des bisherigen Centrums lehnt sich gegen den demokratischen Radicalismus auf, den die Centrumsführer der Partei aufzwingen wollen. Das offene Bündniß mit der extremsten Demokratie bis hart an die Socialdemokratie heran, das in den letzten Wochen in die Erscheinung trat, hat vielen Katholiken die Augen geöffnet und wird keineswegs so allgemein befolgt worden, wie es die Parteiführer wünschen. Der Haß und Hohn, mit welchem die ultramontane Hetzpresse jetzt über die gemäßigteren Elemente der eigenen Partei herfällt, kann nur dazu dienen, die Kluft zu erweitern. Die Centrumsleitung mag augenblicklich noch die Volksmassen hinter sich haben und dadurch bei den Wahlen Siegen. Aber in den durch Namen, Stellung, Besitz und Intelligenz hervorragenden katholischen Kreisen nimmt der Widerspruch gegen das demagogische Treiben von Tag zu Tag zu. Nicht nur Beamte, auch der Adel, die größeren Grundbesitzer, die Industriellen, kurz alle höheren Schichten des katholischen Volkes sind nachgerade durch das hetzende Oppositionstreiben gründlich angewidert; auch unter den Geistlichen ist diese Stimmung verbreitet, wenn auch nur wenige schon wagen, offen hervorzutreten. Der entschiedene Protest des rheinischen Adels gegen das wüste Demagogenthum, die Aufforderung zur Bildung einer katholisch-conservativen Partei ist höchst beachtenswerth. Die Unterzeichner sind durchgängig gläubige Söhne ihrer Kirche, die bisher fest zur Centrumspartei gehalten hatten, aber jetzt endlich der Lüge müde geworden sind, daß die Führer dieser Partei sich stets als die Stützen der conservativen Sache aufspielen und dabei dem ärgsten politischen Radicalismus Vorschub leisten. Die Adresse der geistig, social und wirthschaftlich besseren Elemente von der bisherigen Centrumspartei muß die Partei aufs empfindlichste treffen. Herr Windthorst hat ein gefährliches Spiel gespielt, als er wagte, diese Krisis für seine Partei zum Ausbruch kommen zu lassen; die Centrumspresse mag den „großen Mann" jetzt noch so überschwänglich verherrlichen, es wird sich doch bald zeigen, daß er das Spiel verloren hat.

* Der Statthalter des Reichslandes, Fürst Hohenlohe, hat folgendes Manifest erlassen:

Die Reichstagswahlen werden am 21. Februar stattfinden. Als treuer Freund des Landes will ich ein wohlmeinendes Wort an Euch richten. Es ist Euch bekannt, daß der Reichstag aufgelöst worden ist, weil die Majorität der Regierung die Forderung verweigert hat, die erhöhten Militairausgaben vom 1. April 1887 ab auf 7 Jahre, auf ein „Septennat" zu bewilligen. Die Regierung hat diese Forderung gestellt, weil nach ihrer Ueberzeugung dem deutschen Reiche die Gefahr eines Krieges droht, sobald der kriegslustige Theil der Franzosen annehmen kann, den deutschen Streitkräften überlegen zu sein. Ist Euer Wille, daß Euch Lothringen den Schrecknissen eines Krieges aufs Neue ausgesetzt werde? In den Wahlen ist einem Jeden Gelegenheit gegeben, mitzuarbeiten an dem Werke des Friedens. Zur Klärung der Lage, zur Beruhigung der Gemüther, zur Sicherung des Friedens trägt es bei, wenn ruhige und verständige Abgeordnete gewählt werden, welche den Friedensvertrag von 1871 rückhaltslos anerkennen und dem deutschen Reiche die Mittel zur dauernden Erhaltung eines starken Heeres gewähren. Sendet Ihr dagegen Männer der Protestation in den Reichstag und solche, welche unter nichtigen Vorwänden begründete Forderungen für die Wehrkraft des Reiches ablehnen, so seid Ihr zu Eurem Theil dafür verantwortlich, wenn die Unruhe nicht abnimmt, wenn die für Handel und Wandel so schädlichen Gerüchte immer von Neuem auftauchen und wenn der Friede unserem Lande nicht gesichert bleibt. Es kann in einzelnen Wahlkreisen vorkommen, daß die Freunde des Friedens und der ruhigen Entwickelung Elsaß-Lothringens es unter dem Druck der bisherigen Führer bis zum Wahltage zur Aufstellung eines eigenen Candidaten nicht gebracht haben. In diesem Falle könnt Ihr Eure Meinung dadurch zum Ausdruck bringen, daß Ihr weiße Zettel in die Urne legt. Auch auf diese Weise wird man die Gesinnung des Landes zu erkennen vermögen. Noch einmal: Gedenket der Liebe zu Eurem Vaterlande Elsaß-Lothringen, wisset, daß die Wiedervereinigung dieser alten deutschen Lande mit dem deutschen Reiche eine unwiderrufliche ist, die nur mit dem Bestande des deutschen Reiches fallen kann, und hört in diesen, entscheidungsreichen Tagen nur auf das, was das Gewissen und die Vernunft, was die Liebe zum heimischen Boden, zur Familie und zu Eurem Besitz Euch rathen.

* Der „Kreuzzeitung" zufolge ist jetzt bestimmt, daß das Kaiser-Manöver in diesem Jahre beim 1. (ostpreußischen) Armeecorps stattfindet.

* Zu den deutsch-französischen Beziehungen schreiben die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten":

Es sind geschickte Politiker, die Franzosen! Nachdem ihre Tageblätter durch letztjährige volle Jahre den Krieg gegen Deutschland systematisch gefördert und mit voller Lungenkraft gepredigt haben, werden diese Biedermänner jetzt auf einmal zu ihrem Schrecken gewahr, daß die Langmuth des deutschen Michels schier erschöpft ist. Flugs wird also die Friedensmaske vorgebunden, und um den deutschen Regwohn — unter geschickter unwirsischer Hülfeleistung derer am Rhein — möglichst einzuschläfern, wird ein Frontwechsel inszenirt. Das Thema heißt zur Verhinderung momentanen nicht mehr Elsaß-Lothringen, sondern Egypten, und der Mißthäter nicht mehr Deutschland, sondern England. Ob man an der Seine wohl allen Ernstes glaubt, durch derglichen Spiegelfechtereien bei uns irgendwelchen Boden imponiren zu können, oder etwa den an Windthorst's weitlich gebildeten Rechtsdrehern gegenüber den Deutschfreisinnigen? Die Pariser Blätter mögen sich noch so tiefgehaltvoll entrüsten über Englands Tücke anstellen, noch so bittere Kritik an dem auf Egypten bezüglichen englischen Neutralitätsprojecte üben: bei uns hört man aus ihren Entrüstungsartikeln nur den Ton lauernster Berechnung heraus, wenn sie von der Institution der Neutralität als solcher sprechen, und erinnert sich, daß man ein derartiges Tönchen in Frankreich angeschlagen wird, es in der Regel der Vorläufer einer großen von den dortigen Machthabern im Schilde geführten französischen Aktion zu sein pflegt. Erfährt doch selbst ein so gemäßigt gehaltenes Blatt wie der „Temps" in seiner Nummer vom Montag, den 14., der Form nach mit Bezug auf Egypten, wörtlich: „La neutralisation d'un territoire est une de ces actions de droit public que le réalisme de la politique moderne a tout doucement vidées de leur contenu." Das heißt also in ernsterer Ausdrucksweise: „Die Neutralität Belgiens und der Schweiz ist für ein kriegsgerüstetes und kriegsentschlossenes Frankreich nur einer jener Völkerrechtsbegriffe, welche der Realismus der modernen Politik ganz sachte ihres Inhalts entleert hat.

Und lassen die affectirten egoistischen Schmerzen Frankreichs unserm kalt. Dagegen erschreckt uns die vom „Temps" beliebte Definition des Begriffes „Neutralität" mehr als verdächtig im Hinblick auf die notorischen, mit fieberhafter Eile betriebenen Kriegsvorbereitungen, welche seit dem Antritte des Kriegsministers Boulanger bei unserem westlichen Nachbar ununterbrochen im Gange sind, und finden wir es nur zu begreiflich, wenn Belgien sowohl als die Schweiz ihre Vorkehrungen treffen, um nöthigenfalls den Franzosen

SLUB
Wir führen Wissen.